

Laibacher Zeitung.



Nr. 136.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 18. Juni.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1875.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Juni d. J. dem von der Direction der privilegierten österreichischen Nationalbank gewählten Stellvertreter des Gouverneurs Lorenz Scharmayer die Bestätigung für die statutenmäßige Dauer seines Amtes allergnädigst zu ertheilen geruht.

Preis m. p.

Nichtamtlicher Theil.

„Die Drei Kaiser-Allianz“

bildet die dauernde Grundlage einer friedlichen Weiterentwicklung der europäischen Verhältnisse!

So schreibt der „B. Lloyd“ an leitender Stelle und fährt in seinen Betrachtungen fort, wie folgt:

„Ob dieses Monarchenbündnis gerade in letzterer Zeit eine ernste Prüfung zu bestehen hatte, das mag unerörtert bleiben, Thatsache ist, daß es in allen Fragen, die seit dem Abschluß des deutsch-französischen Krieges die europäische Strömung beherrschten, sich als glänzendste bewährt hat. Es zeigte sich mehr und mehr, daß es nicht auf vorübergehenden Neigungen und nicht auf einer zufälligen Identität in einzelnen Angelegenheiten, sondern auf der Uebereinstimmung wesentlicher Interessen der drei Reiche beruht.“

Es hat letzterer Zeit an Stimmen nicht gefehlt, die den Kriegslärm, welchen ein Theil der deutschen Presse provociert hat, auf die Tendenz zurückführten, einmal in einer kritischen Frage den Werth der Friedensallianzen zu erproben. Man sieht von vorneherein den Gedanken für ausgeschlossen, als könne sich Deutschland durch die französischen Kriegserüstungen wirklich beunruhigt fühlen, oder es wäre im Kreise der deutschen Politiker die Kriegsfrage überhaupt ventilirt worden, die ganze Bewegung wäre vielmehr künstlich in Scene gesetzt worden, damit die deutsche Regierung aus einem concreten Falle die Ueberzeugung schöpfe, wie weit auf die Freundschaft und Unterstützung der alliierten Verlaß sei und die englische Regierung hätte mit ihrem Vermittlungsversuche unbewußt und unwillkürlich gewissermaßen die Rolle des agent provocateur gespielt. Ob dies eine bloße Combination ist oder auf Wahrheit beruht, ist allerdings schwer zu entscheiden, aber das Factum erleidet keinen Zweifel, daß die kritische Bewegung der letzten Wochen durch den concreten Inhalt des Drei-Kaiser-Bündnisses eine befriedigende Lösung gefunden, und daß insbesondere die Haltung unseres auswärtigen

Amtes in den französischen und belgischen Streitfragen die rückhaltlose Anerkennung der deutschen politischen Welt gefunden hat. Gleichviel daher, ob es auf eine Prüfung der inneren Wahrheit der Friedensallianz abgesehen war, oder ob die Lage wirklich eine kritische gewesen und nur durch das einmüthige Zusammenwirken der drei Mächte gelöst werden konnte, in jedem Falle hat das Bündnis sich bewährt, und die Ueberzeugung von der Verlässlichkeit desselben dürfte kaum ohne Einfluß auf die Entschliessung des Fürsten Bismarck, sich einstweilen von den Geschäften zurückzuziehen, geblieben sein.

Für die innere Politik Deutschlands mag die Beurteilung des Reichsfanzlers ebenfalls als ein Symptom fortschreitender Consolidierung aufgefaßt werden. Der große kirchenpolitische Kampf, welcher seine Kreise über die Grenzen des deutschen Reiches hinaus gezogen, hat seine wichtigsten Stadien überschritten. Die Gesetzgebung zum Schutze des Staates gegen die Ansprüche des Papstthums und zur Zurückweisung der ultramontanen Herrschaft ist vollendet. Die gesetzlichen Mittel gegen die reichsfeindliche Agitation sind geschaffen und damit wäre eigentlich auch der aggressive Theil in den Maßnahmen des Staates erledigt — auch der aggressive Theil, sagen wir, denn allerdings involvieren die kirchenpolitischen Gesetze Deutschlands Angriff und Abwehr zugleich. Was jetzt folgen soll und naturgemäß folgen muß, ist die Versöhnung der Feindschaften, die Beruhigung der Gemüther. Kein Staat kann sich im Innern für alle Zeiten auf den Kriegsfuß einrichten, am allerwenigsten in confessionellen Dingen, eine Transaction ist im Gebiete der letzteren noch eher, als auf rein politischem Boden unerlässlich. Ist nun Deutschland im Besitze der gesetzlichen Mittel zur Bekämpfung der ultramontanen Uebergriffe, so darf die Regierung des deutschen Reiches wol den Versuch wagen, ob es nicht möglich sei, einen Zustand zu schaffen, der den Gebrauch solcher Mittel überflüssig macht. Es liegt aber auf der Hand, daß ein solcher Versuch mehr Aussicht auf Erfolg hat, wenn er von neutraler Seite ausgeht, als wenn ihn derselbe Factor, der den Kampf aufgenommen und mit aller Kraft geführt hat, in Scene setzt. Es ist daher immerhin möglich, daß nur für Deutschland auch im kirchenpolitischen Gebiete Tage der Sammlung und Pacificierung folgen werden.

Wie immer man demnach die zeitweilige Beurteilung des Fürsten Bismarck betrachten mag, sie kann keinen Anlaß zur Besorgnis bieten. Die europäische Constellation ist so fest gefügt, daß eine Störung derselben nicht zu befürchten ist, und die innere Consolidierung Deutschlands bewegt sich im festen Geleise. Für die deutsche Nation selbst wird zudem aus der Beurteilung

Bismarcks der Vortheil erwachsen, daß sie sich allmählig gewöhnen wird, ihr Schicksal und ihre Errungenschaften nicht von zwei Augen, sondern von der Wirksamkeit dauernder Institutionen abhängig zu machen.“

Die Demonstrationen in Dalmatien

in jüngster Zeit wurden derart tendenziös nach Wien gemeldet und von dort aus weiterverbreitet, daß es dem unbefangenen Beobachter kaum möglich werden konnte, Dichtung und Wahrheit von einander zu sondern und eine Kenntnis von den Ereignissen nach den wirklichen Thatsachen zu erlangen.

Der „Bohemia“ wird hierüber aus Wien mitgetheilt: „Die Vorgänge in Dalmatien haben in den Regierungskreisen die ernsteste Aufmerksamkeit auf sich gelenkt und wird man es den von hier nach Zara abgegangenen strengen Instructionen zuschreiben dürfen, wenn der Telegraph von dort über energischere Maßnahmen gegen die Excedenten in Sebenico zu berichten weiß. Der Ministerpräsident Fürst Auerberg, der gegenwärtig für den beurlaubten Minister des Innern die politische Verwaltung leitet, ist nicht der Mann, der die bedeutliche Entwicklung der Verhältnisse im Süden der Monarchie nicht rasch zu stauen wüßte und man darf von dieser Seite sich des kräftigsten Eingreifens versehen. Was über die Stellung der Regierung in Zara zur Centralregierung in Wien neuerdings wieder Verdächtigendes vorgebracht wird, ist tendenziöse Mache. Bis heute kann sich die Deffentlichkeit über die Vorgänge in Dalmatien noch kein objectives Urtheil bilden; die in den wiener Blättern vorliegenden Alarmtelegramme stammen aus dem Schoße der italienischen Partei, leiden daher an dem Gebrechen, nicht unparteiisch zu sein, sondern im Gegentheile die Dinge mit südlischer Glut auf die Spitze zu treiben. Die Regierungstelegramme nehmen sich diesen Meldungen gegenüber freilich allzu idyllisch aus und suchen die Dinge so harmlos als möglich erscheinen zu lassen, so daß die öffentliche Meinung unwillkürlich gedrängt wird, die Wahrheit in der Mitte zu suchen und zu finden, daß wirklich Excesse vorfielen, die man vielleicht anfänglich in Zara unterschätzte, deren Tragweite man jedoch heute nicht zugeben will. Durch ein kräftiges Eingreifen der competenten Behörden wird man wol rasch den anfänglich begangenen Fehler gutzumachen wissen, ohne Rücksicht, ob nicht beide Parteien davon betroffen werden.“

Zur Action in Ungarn.

A. Ghyzly sagt zu seinen Wählern in Komorn: „Vor allem müssen wir streben unsere Zahlungsfähigkeit zu erhalten, wenn nicht anders, so dürfen wir

Feuilleton.

Lucy Gray.

Novelle von Walter Stahl.

(Fortsetzung.)

Diese Worte wirkten wie ein böser Zauber. Amy riß ihre Hände, welche er in den seinigen gehalten, los und sah ihn, unfähig, ein Wort zu sprechen, mit einem erschrockenen Blick an.

„Amy, Amy, was fehlt dir? — Sage, daß du mich liebst und daß es nicht meine Worte sind, welche dich böse gemacht haben.“

Ihr Haupt sank auf die Gartenbank herab und unter heißen Thränen stammelte sie die Worte: „O, George, ich kann nicht, ich bin schon verheiratet!“

Er blickte sie voll ungläubigen Erstaunens an, während ihre Thränen unaufhörlich weiter flossen.

„Sprich keinen Unsinn, Amy!“ sagte er endlich. „Wie kann man mit so etwas Scherz treiben?“

„Scherz!“ rief sie, indem sie ihren Kopf erhob und ihr glänzendes Haar zurück warf. „Sehe ich aus, als ob ich scherze?“ — „Ich sage dir, daß ich verheiratet bin.“

Ihm war, als stehe sein Herz plötzlich still. Er sah in ihrem Antlitze etwas, das ihm sagte, es müsse irgend etwas vorgefallen sein, doch weigerte sich sein heller Verstand, dem eben Gehörten Glauben zu schenken.

„Erzähle mir alles, Amy!“ sprach er; „ich muß es alles wissen.“

„Frage mich nicht, George!“ schluchzte sie. „Ich kann dir nichts erzählen — ich habe bereits mein Wort gebrochen, indem ich so viel gesagt.“

„Ich will dir sagen, was es ist, Amy Gray,“ rief George, außer sich vor Empörung, „wenn du mir nicht Wort für Wort dieses schändliche Geheimnis enthüllst, so sollen die es büßen, welche dies über dich gebracht haben. Ich glaube kein Wort davon, daß du verheiratet bist, du magst ein Gelübde abgelegt haben, oder —“

„Ich sage es dir nochmals, George — ich bin verheiratet.“

Er sprang auf und sein ehrliches Gesicht bekundete eine Mischung von Empörung und tiefem Kummer.

„Mit wem denn?“ schrie er, — mit wem? — Ist es dein Vormund? Hat Wilson es gewagt —“

„Nein, nein, nicht er! Du darfst nicht fragen, darfst nicht weiter in mich dringen, George.“

„Sei nicht thöricht, Amy. Ich muß und will es wissen und sagst du es mir nicht, so werde ich es allein ausfindig machen,“ und dies sagend stürzte der Jüngling davon.

„Bleibe, George, o bleibe doch!“ rief Amy angstvoll ihm nach.

Er kehrte zurück und setzte sich von neuem zu ihr. „Nun sage mir alles — weiß Mr. Wilson davon?“

„Ich sage nicht eher ein Wort, bis du mir das Versprechen gegeben hast, nichts thun zu wollen und keinem menschlichen Wesen ein Wort von der Sache zu sagen, bis ich dir selbst Erlaubnis dazu gegeben habe.“

„Ich verspreche es.“

„Erinnerst du dich der Gedichte, die wir gelesen haben?“

„Ist es Robert Carlton?“

„Gräme dich nicht, George. Ich weiß es selbst nicht — ich habe es kaum verstanden — es war vor einem Jahr — ich war so jung noch! Wir wurden ge-

traut, er ging dann fort und ich habe ihn seitdem nicht wiedergesehen.“

„Wo ist er jetzt?“

„Das weiß ich nicht; er hat auch nicht ein einzigesmal geschrieben — o, bedauere mich, George.“

„Liebst du ihn, Amy?“

„Ich habe ihn nur ein- oder zweimal gesehen. Es geschah nicht gegen meinen Willen. Ich habe nicht darüber nachgedacht, bis in der jüngsten Zeit und jetzt —“

Sie hielt inne und heiße Thränen fielen auf George's Hand.

„Weine nicht, Amy; es wird sich etwas thun lassen. Vielleicht war die Ehe nicht rechtsgiltig.“

„Ich habe das Certificat gesehen und ich weiß den Namen des Geistlichen.“

„Fluch ihnen allen! Es ist dein Vermögen, das sie versucht hat.“

„Nicht meinen Vormund — das werde ich nie glauben können. Ich weiß, daß er gedacht hat, Mr. Carlton liebe mich.“

George schüttelte den Kopf.

„Du bist so unschuldig, bist so vertrauensvoll, arme, kleine Amy. Gott wird das Verbrechen an ihnen rächen, wenn es den Menschen nicht möglich; doch es wird und muß noch einen Ausweg geben, du bist so jung gewesen —“

„Ich werde nichts thun, George — nichts — vielleicht kommt er nie wieder zurück.“

„Und du willst deine Jugend damit hinbringen, indem du seiner harrest? — Beim Himmel, nein, das sollst du nicht! Es ist ein schändlicher Verrath an dir begangen worden und —“

Er hielt inne, denn in der Ferne hörte man das Geräusch von Wagenrädern.

auch vor einer Erhöhung der Steuern nicht zurückzucken und dies könne ohne Vorwurf des Landesverrathes keine Partei verweigern. Die zwei Oppositionsparteien streben zwar von verschiedenen Standpunkten, aber doch ein Ziel an. Das Haus brennt und dennoch will die eine Partei vorerst die Zimmer einrichten, die andere aber den Vertrag, auf Grund dessen wir dieses Haus erwarben, auflösen. Wasser, meine Herren, Wasser brauchen wir, mit welchem wir das Feuer löschen, das Haus retten können. Wenn das Feuer gedämpft und das Haus gerettet sein wird, dann können wir von der Einrichtung der Zimmer, dann von der Aenderung der Verträge sprechen, und es wäre überflüssig, darüber nachzudenken, wenn das niedergebrannte Haus mittlerweile in Schutt und Trümmer gelegt ist."

Religionsgesetz.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Sicherstellung des confessionellen Friedens in der Schweiz, enthält folgende Bestimmungen:

§ 1. Außerhalb der dazu bestimmten Locale dürfen keine öffentlichen kirchlichen Processionen oder sonstigen Ceremonien stattfinden. Vorbehalten bleiben: 1. der Feldgottesdienst gemäß den näheren Vorschriften der Militär-gesetze und den Anordnungen der militärischen Oberen; 2. die kirchliche Begräbnißfeier nach den hierüber aufzustellenden besondern Bestimmungen. Widerhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 200 Francs oder mit Gefängnis bis zu 60 Tagen bestraft.

§ 2. Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise Angehörige einer Confession oder Religionsgenossenschaft zu Feindseligkeiten gegen Angehörige einer anderen anreizt, wird mit Geldbuße bis zu 1000 Francs oder Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 3. Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung gottesdienstlicher oder seelsorgerischer Handlungen, Staatseinrichtungen oder Erlasse der Staatsbehörden in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Geldbuße bis zu 1000 Francs oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 4. Geistlichen oder anderen Religionsdienern, welche nicht an einer staatlich anerkannten Kirchengemeinde angestellt sind, ist die Ausübung geistlicher Verrichtungen untersagt: 1. wenn der Betreffende einem staatlich verbotenen religiösen Orden angehört; 2. wenn er erwiesenermaßen unter einer fremden, vom Staate nicht anerkannten, bischöflichen Jurisdiction steht und in diesem Falle die schriftliche Erklärung verweigert, daß er sich bedingungslos den Staatseinrichtungen und Erlassen der Staatsbehörden unterwerfe. Wer entgegen diesen Vorschriften geistliche Verrichtungen ausübt, wird mit einer Geldbuße bis zu 1000 Francs oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 5. Zur Vornahme von Pontificalhandlungen (bischöflichen Jurisdictionen) im Cantonsgebiet vonseite eines auswärtigen, staatlich nicht anerkannten kirchlichen Obern ist die Bewilligung des Regierungsrathes erforderlich.

§ 6. Versammlungen oder Zusammenkünfte von Religionsgenossenschaften, bei denen die öffentliche Ordnung gestört oder der Sittlichkeit zuwider gehandelt wird, sollen von polizeiwegen aufgehoben und die Theilbaren dem Richter zur Strafe überwiesen werden."

"Es ist mein Vormund — es ist Mr. Wilson, welcher kommt!"

"Ich sehe ihn nicht; doch leb wohl, Amy, ich komme bald wieder. Gib mir einen Kuß, nur einen einzigen — ich kann wenigstens dein Bruder noch bleiben."

Er nahm sie in seine Arme, sie fühlte seinen heißen Kuß auf ihren Lippen und im nächsten Augenblicke war er fort.

Gleich darauf hörte Amy ihren Namen rufen und bevor sie noch die Laube zu verlassen vermochte, stand Mr. Wilson vor ihr. Er sah bleich und heftig erregt aus.

"Komm mit mir, Amy, ich bitte dich, schnell!"

"Ist etwas passiert?" fragte sie, "und was, was ist es?"

"Dein Gatte ist zurückgekommen!" — Mit einem Schrei brach Amy bei diesen Worten zusammen.

"Es ist jetzt weder Zeit zum Weinen, noch zum Reden — du mußt mit mir gehen."

"Zu ihm soll ich gehen?"

"Ja, auf einige Augenblicke, um ihm zu fluchen, um ihn hassen zu lernen, wie ich ihn hasse!"

"O, ich kann nicht, ich werde sterben!"

Er hob sie auf und führte sie ins Haus. "Hole dir deinen Hut und etwas umzubinden und beeile dich, wir haben nur noch eben so viel Zeit, den Zug zu erreichen." Sie that, wie ihr geheißen wurde, während Mr. Wilson ihrer harpte. "Ja, so werde ich vorgehen und dann wollen wir sehen, wer die Oberhand gewinnt," waren die Worte, welche er zwischen den Zähnen murrend hervorstieß.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Laibach, 17. Juni.

Das an den kroatischen Landtag gerichtete königliche Rescript, mit welchem der Landtag durch den Banus geschlossen wurde, betont, daß der Landtag mit weiser Berücksichtigung der Staatsinteressen und des Wohles des Landes anerkennenswerth dahin gewirkt habe, das staatsrechtliche Verhältnis dieser Königreiche zu Ungarn auf eine feste Grundlage zu stellen und hiedurch dem Lande die erwünschte Befriedigung der Gemüther zu verschaffen. Durch dieses patriotische Wirken sei die Bahn zur Durchführung der nothwendigen inneren Reformen in der Verwaltung, der Aufklärung und der Rechtspflege geebnet. Beweise dieser lobwürdigen Bestrebungen seien die mannigfaltigen, im Verlaufe dieser Landtagsperiode geschaffenen Gesetze, welche in allen Zweigen der autonomen Gesetzgebung den Weg zur verfassungsmäßigen Entwicklung und Regelung einer guten Verwaltung, zum geistigen und materiellen Fortschritt und zur fruchtbringenden Thätigkeit der künftigen Landtage ebneten. Indem Se. Majestät dem Landtage Ihre königliche Zufriedenheit ausdrückt, erklärt Allerhöchstselbe die dreijährige Sitzungsperiode des Landtages für geschlossen und den Landtag für aufgelöst.

Am 15. d. wurde der preussische Landtag in gemeinsamer Sitzung der beiden Häuser unter Vorsitz des Herrenhaus-Präsidenten Grafen Stolberg geschlossen, indem der Vicepräsident des Staatsministeriums die königliche Botschaft verlas, welche den Sessionschluß anordnet. Die Sitzung wurde mit einem dreimaligen Hoch auf den König geschlossen.

Der „Telegraph“ meldet einen entscheidenden Sieg des Ministeriums Minghetti in der Frage des Sicherheitsgesetzes. Diesen Erfolg hat das italienische Ministerium namentlich der Unterstützung seiner freiwilligen Bundesgenossen Lanza so wie Sella und dessen piemontesischem Anhang zu verdanken; — jedenfalls aber ist derselbe geeignet, allen Besorgnissen bezüglich einer imminanten Ministerkrise ein Ende zu machen. Die Abgeordnetenkammer wird nun in die Specialdebatte des Gesetzes eintreten und wenn es auch der Opposition gelingen sollte, in der einen oder anderen Einzelbestimmung die Mehrheit zu erlangen, so ist daraus ein principieller Rückschlag auf die Stellung der Regierung schwerlich abzuleiten. Auch der einen Augenblick lang erörterte Gedanke, die Linke habe einen eventuellen Sieg der Regierung nach der Generaldebatte mit ihrem Austritt aus dem Parlamente zu beantworten, scheint definitiv fallen gelassen worden zu sein.

Die „Times“, den jüngst vom „Golos“ gebrachten Artikel kritisierend, sagt: „Wir dürfen die Hoffnung aussprechen, daß Rußland für seine Friedensabsichten keine andere Allianz zu suchen braucht als die vor drei Jahren in Berlin feierlich inaugurierte. Erst vor kurzem hatten wir Auslassungen zurückzuweisen, welche England auf Kosten Frankreichs dem Kaiserbündnisse attachieren wollten; jetzt müssen wir ebenso jedes Einvernehmen in Abrede stellen, welches uns denjenigen Mächten anreihen würde, die gewohnheitsmäßig auf Deutschland argwöhnisch oder eifersüchtig sind.“

Die Zeitungsnachrichten von einer in London zwischen Rußland und England abgeschlossenen Convention über die in Centralasien festzustellende neutrale Zone entbehren, sicherm Vernehmen nach, der Begründung.

Das „Journal de St. Petersbourg“ theilt mit, daß der Vatican der russischen Regierung gegenwärtig mit mehr gutem Willen entgegenkomme und sich daraus eine wechselseitige Verbesserung in dem Gange der beiderseits zu behandelnden Geschäfte entwickelt habe. Aber an den zugrunde liegenden Principien sei kein Zota geändert. Alles, was man sagen kann, sei, daß diese Principien auf beiden Seiten mit einer Rücksicht angewendet werden, welche viele Schwierigkeiten beseitigt.

Tagesneuigkeiten.

Wahrnuf an Auswanderungslustige.

Die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat dem österreichischen Ministerium des Aeußern bekanntgegeben, daß der nordamerikanische Congreß am 3. März d. J. ein von dem Präsidenten genehmigtes Gesetz beschloß, welches die Einwanderung und Einführung gewisser Klassen von Personen nach den Vereinigten Staaten mit Strafen belegt.

Art. 5 dieses Gesetzes bestimmt: „Folgenden Klassen von Fremden ist die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten nicht gestattet, nemlich: Personen, welche in ihrer Heimat wegen schwerer Verbrechen (felonious crimes) mit Ausnahme von solchen Verbrechen und solchen strafbaren Handlungen, welche aus politischen Verbrechen hervorgehen, verurtheilt worden sind oder welchen unter der Bedingung der Auswanderung die Strafe nachgesehen wurde, sowie Frauenspersonen, welche zum Zwecke der Prostitution eingeführt werden.“

Jedes Schiff, welches in einem Hafen der Vereinigten Staaten eintrifft, kann auf Befehl der Hafenbehörde (collector of the port), wenn dieselbe Grund zu der Annahme hat, daß sich an Bord desselben dergleichen Personen befinden, einer Untersuchung unterzogen

werden. Der damit betraute Beamte hat dem Capitän oder der sonst mit dem Commando des Schiffes betrauten Person über das Ergebnis der Inspection eine Bestätigung auszustellen, in welcher jene etwa an Bord befindlichen Personen anzugeben sind, denen die Einwanderung nicht gestattet ist. Wenn eine solche Untersuchung von der Hafenbehörde angeordnet wurde, ist es ohne deren Erlaubnis keinem Fremden gestattet, das betreffende Schiff zu verlassen, bevor die Untersuchung vorgenommen und die erwähnte Bestätigung ausgestellt ist; auch nach der Inspection ist es keinem Fremden, welcher von dem inspiciierenden Beamten als zu einer der angeführten Kategorien von Personen gehörig bezeichnet worden ist, gestattet, das amerikanische Gebiet zu betreten, außer in Folge eines ordnungsmäßigen, gerichtlichen Auftrages.

Sollte sich jemand durch den Ausspruch des inspiciierenden Beamten, durch welchen ihm die Landung verboten wurde, gekränkt fühlen und bei einem competenten Gerichte gegen diesen Ausspruch den Recurs oder ein anderes Rechtsmittel ergreifen, so ist der Hafencommandant verpflichtet, das betreffende Schiff bis zur Entscheidung der Sache zurückzuhalten, damit, wenn der Ausspruch des Inspectors als im Gesetze begründet erkannt und bestätigt wird, die beanstandeten Personen an Bord des Schiffes zurückbefördert werden können. Auch soll es solchen Personen nicht gestattet sein, ans Land zu treten, bevor der Capitän oder Eigenthümer des Schiffes oder der Schiffsmaller für jede solche Person eine Sicherheitsleistung im Betrage von 500 Dollars leistet, mit welcher er dafür haftet, daß die betreffende Person binnen sechs Monaten in das Land, woher dieselbe eingewandert ist, zurückgekehrt, oder bevor das Schiff, welches solche Personen bringt, eine Geldstrafe bezahlt hat, die dazu zu verwenden ist, die bedenklichen Personen in ihre Heimat zurückzuschaffen.

Im Falle der Verletzung dieses Gesetzes haftet das Schiff, dessen Eigenthümer, Commandant oder Maller mittelbar oder unmittelbar das Gesetz übertreten haben, für die ausgesprochene Geldstrafe und es kann gegen dasselbe ebenso vorgegangen werden, wie im Falle einer Uebertretung der Steuergesetze, welche durch die bestehenden Gesetze mit Geldstrafen bedroht sind."

Staatsprüfungen.

Die grazer Staatsprüfungscommission besteht aus nachgenannten Mitgliedern:

I. Judicielle Staatsprüfungs-

Commission.

Präses: Dr. Johann Blaschke, k. k. Regierungsrath und Universitätsprofessor.

Erster Präsesstellvertreter: Josef Seymayer, k. k. Oberlandesgerichtsrath.

Zweiter Präsesstellvertreter: Ulrich Eninger, k. k. Oberlandesgerichtsrath.

Mitglieder: Dr. Ignaz Verze, Hof- und Gerichtsadvocat; Dr. Ferdinand Bischoff, k. k. Universitätsprofessor; Dr. Karl Groß, k. k. Universitätsprofessor; Dr. Josef Ritter v. Kaiserfeld, Hof- und Gerichtsadvocat; Dr. Adalbert Theodor Michel, k. k. Universitätsprofessor; Dr. Ignaz Neubauer, k. k. Universitätsprofessor; Johann Pichler, k. k. Landesgerichtsrath; Dr. Lucas Ramor, Hof- und Gerichtsadvocat; Dr. Karl Rechbauer, Hof- und Gerichtsadvocat; Josef Zeigmann, Hof- und Gerichtsadvocat; Dr. Ludwig Thoma, k. k. Oberlandesgerichtsrath; Dr. Franz Weiß, k. k. Universitätsprofessor; Dr. Anton Edler v. Wurmer, Hof- und Gerichtsadvocat; Johann Zauschner, k. k. Landesgerichtsrath in Pension.

II. Staatswissenschaftliche Staats-

prüfungs-Commission.

Präses: Josef Hvas, k. k. Statthalterceirath.

Präsesstellvertreter: Dr. Ignaz Neubauer, k. k. Universitätsprofessor.

Mitglieder: Dr. Hermann Bidermann, k. k. Universitätsprofessor; Dr. Richard Hildebrand, k. k. Universitätsprofessor; Dr. Karl Hugelmann, k. k. Ministerialconzipist; Dr. Franz Ilwof, landwirtschaftlicher Professor; Dr. Franz Weiß, k. k. Universitätsprofessor.

III. Rechtshistorische Staatsprüfungs-

Commission.

Präses: Dr. Adalbert Theodor Michel, k. k. Universitätsprofessor.

Präsesstellvertreter: Dr. Franz Weiß, k. k. Universitätsprofessor.

Mitglieder: Dr. Ferdinand Bischoff, k. k. Universitätsprofessor; Dr. Gustav Demelius, k. k. Universitätsprofessor; Dr. Karl Groß, k. k. Ministerialconzipist; Dr. Karl Hugelmann, k. k. Ministerialconzipist; Dr. Arnold Luschin, k. k. außerordentlicher Universitätsprofessor; Dr. Mathias Robitsch, k. k. Universitätsprofessor in Pension, Ehrenmitglied und fürstlich-berchthaler Confistorialrath; Dr. August Tewe, k. k. Universitätsprofessor.

(Vom deutschen Ritterorden.) Begleitet haben Se. Majestät der Kaiser in Begleitung der Adjutanten FML. Mondel, GM. Ved und Major Edmüller Sanitätsmaterial des deutschen Ritterordens, welches in der Serie I A des Ausstellungsgebäudes im Wiener Prater aufgestellt ist.

ist, beschäftigt. Sr. Majestät hielt sich nahezu eine Stunde daselbst auf. Anwesend waren ferner Erzherzog Wilhelm und der Chefarzt des freiwilligen Sanitätsdienstes des deutschen Ritterordens, Dr. Mosetig. Sodann verfügte sich Sr. Majestät in die anstoßende Galerie II, woselbst der Kaiser die vom bayerischen Ingenieur, Herrn Schmidt, ausgestellten Lazarethzelle und sonstigen Spitals-Einrichtungsgegenstände, sowie einen Küchenwagen in Augenschein nahm.

— (Eisenberathungstag.) Das Programm für den am 21. und 22. d. M. in Wien abzuhaltenden II. österr.-ung. Eisenberathungstag lautet: Am 21. d.: 1. Eröffnung des Eisenberathungstages durch die Wiener Handels- und Gewerbekammer im Saale des niederösterreichischen Gewerbevereines (I. Eichenbachgasse 11). 2. Wahl des Präsidiums und des Bureau. 3. Berathungen über Einführung des metrischen Maßes und Gewichts in der Eisenindustrie und im Eisenhandel, auf Grund der Schlussvorlagen des Specialcomités der Wiener Handels- und Gewerbekammer. 4. Berathungen über selbständige, die Eisenindustrie und den Eisenhandel betreffende Anträge einzelner Mitglieder; den 22. Juni: Eventuelle Fortsetzung und Schluß der Berathungen.

— (Zum Bismarck Attentat.) In der am 15. d. in Wien abgeführten Schlussverhandlung beim Wiener Landesgerichte wurde Josef Wiesinger, der angebliche Attentäter auf den Fürsten Bismarck, von der Anklage auf versuchten Betrug freigesprochen.

— (Werthvolle Geige.) Die Violine (Amati) des verstorbenen Virtuosen Ferdinand Laub ist, wie prager Blätter mittheilen, um den Kaufpreis von 4800 fl. (3000 Rubel) in den Besitz des Herrn F. Orzival in Prag übergegangen.

— (Für Touristen.) Das von der Section Austria des Alpenvereines zur Einleitung des Wegbaues am Kaiser Tauern entsendete Ausschussmitglied, Ed. Fischer v. Rösershamm, meldet aus Uttendorf in Pinzgau, daß ein ordentlicher Saumweg von Stubai nach Rals unter 8000 ft. nicht herzustellen sei, daher nur ein guter Fußsteig in Aussicht genommen werden könne. Die bezüglichlichen Arbeiten wurden bereits begonnen und in zwei Tagen 180 Klafter zum Theile auf sehr schwierigem Boden schon ausgeführt. In der Nähe der Rudolphshütte lagern noch Massen von Schnee, der Weißsee ist noch zugefroren, die ganze Gegend tief im Schnee, daher auch die Gletscher damit bedeckt. — Am 1. Juni d. J. kam der erste Tourist (Herr Amplatz aus Bozen) von Windisch-Matrei über den Welser Tauern nach Rittersfil. Der Schnee auf dieser Höhe war gut tragfähig.

Locales.

Mittheilungen

aus dem

Jahresberichte des k. k. Forstinspectors für Krain pro 1874.

(Fortsetzung.)

IV. Abschnitt.

Forstpolizei.

Ein weiteres Feld für das Wirken in dieser Hinsicht dürfte wol in keinem Lande eröffnet sein, als eben in Krain.

Die Daten über Holzproduction und Holzbedarf sammt Export liefern den genügenden Beweis, daß das Land seinem Ruin mit Riesenschritt entgegensteht und der fühlende Bewohner sieht mit Schmerz aus den grünen Hainen die kahlen Felsen herantwachsen.

Beherrscht von dem Egoismus des Augenblickes wird so schleunig als möglich alles zu Geld gemacht, was die Natur durch unzählige Jahre geschaffen, mit einer ordentlichen Manie wird jenem Zustand zugearbeitet, der noch über der guten alten Zeit steht, jenem Zustand, der allenthalben noch vor der Entwicklung der Vegetation geherrscht haben mag.

Man hat es in Krain, insbesondere aber in Inner- und Oberkrain, mit einer Devastationswuth zu thun, die keine Grenze kennt und leider in ihrem bedrohlichen Wirken noch nicht genug gewürdigt wird.

Die Ursache derselben wurzelt einzig und allein in Gewinnsucht oder vielmehr in dem Streben, die augenblicklichen Bedürfnisse, welcher Art sie immer seien, so schnell als möglich befriedigen zu können.

Alle anderen Momente, die eifrig mitwirken, sind mehr oder weniger nur gegebene Mittel, die es gelegener machen, das Zerstörungswerk zu vollenden.

Unter diese Kategorien muß unbedingt

1. die Besitzersplitterung,
2. die unbeschränkte Waldweide,
3. der Mangel sachlicher Leitung und
4. der Mangel legaler Ueberwachung eingereicht werden.

Die Grundlastenablösung oder vielmehr die ihr entsprungene Besitzersplitterung in Innerkrain liefert heute bereits Beweise traurigster Art. Es ist nicht zu leugnen, daß der Besitzer eines entlasteten Gutes in die Lage versetzt wird, den ihm verbliebenen Rest in rationeller Weise zu bewirtschaften, was ihm früher bei den verschiedenen, oft in der unglaublichsten Weise localisirten, jeder ordentlichen Wirtschaft factisch Schranken bietenden Rechten unmöglich war, allein es ist durch diese Entlastung der nahezu größere Theil des Waldbesitzes in Hände gerathen, von denen eine ordentliche Wirtschaft überhaupt nicht zu erwarten steht, und während sohin früher der Berechtigte seinen Holzbedarf für gewisse Zeiten gesichert hatte, andererseits der Besitzer zu diesem Zwecke conservativ (§ 9 ZG.) wenn auch gerade

nicht mit Vortheil — wirtschaften mußte, war die oft kolossale Waldfläche für eine nachhaltige Bewirtschaftung gesichert, da gewissermaßen eine gegenseitige Controle herrschte und der Waldbesitzer eben nur den Ueberschuß des Jahresertrages zur Disposition hatte.

Durch die Grundlastenablösung wurde die für den Ertrag des Rechtsanspruches erforderliche Fläche vom Gutskörper getrennt und hiemit sowohl dem Gutsbesitzer als auch dem einst Berechtigten ein vollkommen freies Schalten und Walten im eigenen Walde gestattet.

Die Folgen davon sind, daß beide Theile die nun eigenthümlichen Waldungen willkürlich ausnützen und hiedurch in vielen Fällen die anfangs geschilderten, so höchst traurigen Zustände verursachen, was factisch un schwer die Beantwortung der Frage zuläßt, ob die Vortheile, welche dem Besitzer des nun entlasteten Gutes durch die Möglichkeit einer rationellen Wirtschaft erwachsen, in Anbetracht der Ausnahmen hier und der ausnahmslosen Miswirtschaft in den abgetretenen Theilen, im Allgemeinen wirklich als solche bezeichnet werden können, und ob nicht in nationalökonomischer Hinsicht durch diesen Zustand eher Nachtheile zu registrieren wären.

Nachdem dies nun, wie so vieles andere zur That sache geworden, so erscheint es am Platze, das Augenmerk der möglichen Hintanhaltung der traurigen Consequenzen, sowie speziell den, auch abgesehen von der Besitzersplitterung, maßgebenden Ursachen der Walddevastation zuzuwenden. Hieher gehört unstreitig die Wald- und vor allem die Ziegenweide.

Nicht bald ist eine Nebennutzung in so hohem Grade fähig auf Kosten der Hauptnutzung ausgeübt zu werden, als die Waldweide.

Das formlos, gewöhnlich aber sehr hungrig einher wandernde Vieh sieht sich bei dem Mangel einer genügenden Grasmenge genöthigt, die ihm weniger zusagende Laubnahrung zu benützen, welcher naturgemäß, da das alte Holz unerreichbar ist, der Nachwuchs zum Opfer fällt.

Was das weidende Vieh wegen Mühe oder Mangel an Geschicklichkeit nicht erreichbar findet, das weiß sich die naschhafte Ziege sehr leicht eigen zu machen, und ein solcher Verein von Waldverderberern, eine so ausgiebige Art und Weise die Natur in ihrem Wirken zu hindern, genügt, den Ruin unserer Waldungen nicht nur um Bedeutendes zu fördern, sondern factisch herbeizuführen.

Die vorherrschende Bewirtschaftungsweise der Waldungen in Krain ist, wie schon an der betreffenden Stelle erwähnt wurde, der Hochwaldbetrieb mit planterweisen Ausnützung.

Beim Kleinwaldbesitzer ist eine andere Ausnützungswiese des Waldes, als in der bezeichneten Art, auch nicht leicht möglich, da eine nachhaltige Wirtschaft auf Flächen von so geringer Ausdehnung (oft kaum 1—2 Hektar) bei einer anderen Schlagweise nicht ausführbar erscheint.

Die Nachzucht des Holzes bleibt sohin mehr oder weniger stets auf der ganzen Fläche vertheilt, fast ausschließlich der Natur überlassen. — Wie schwer nun eine junge zarte Pflanze sich in einem unausgeseht beweideten Terrain entwickelt und in welchem Zustande sie sich befindet, wenn sie all der angehanen Unbill trotzend, eine der seltenen Ausnahmen bildet, jenen Standpunkt erreicht zu haben, der sie weiteren Beschädigungen durch das Vieh entzieht, ist leicht ersichtlich, wenn man die Mühe nicht scheut, unsere Bannwaldungen zu begehen, und deren meist kräppelhafte Bestockung als sprechende Zeugen des eingebildeten Nuzens der Waldweide zu bewundern. (Fortsetzung folgt.)

Handels- und Gewerbekammer für Krain.

(Schluß.)

XII. Kammerrath Ignaz Seemann ergreift das Wort zur nachstehenden Interpellation an den Herrn Präsidenten:

Die geehrte Kammer hat in der am 30. März l. J. abgehaltenen ordentlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, Se. Excellenz den damaligen Ackerbauminister und Leiter des Handelsministeriums und dermaligen Handelsminister, Johann Ritter v. Schlumbeck, bei seiner Reise aus Italien nach Wien in Laibach unter Führung des Herrn Präsidenten zu begrüßen, ihm die Beschlüsse der Kammer rücksichtlich des baldigen Ausbaues der unterkrainer Eisenbahn und rücksichtlich der Laib-Triester Eisenbahnlinie mitzutheilen und eine diesbezügliche Petition zu überreichen. Da nun Se. Excellenz die Rückreise durch Südtirol und nicht durch den Kammerbezirk Krain gemacht hat, so erlaube ich mir an den Herrn Präsidenten die Frage zu stellen:

„Was hat das Präsidium in dieser Angelegenheit verfügt und was für ein Schicksal hatte die Petition?“

Der Präsident beantwortet die Interpellation nachstehend:

„Die von der löbl. Kammer beschlossene Petition wurde verfaßt; allein die persönliche Begrüßung, sowie Ueberreichung dieser Petition an Se. Excellenz den damaligen Handelsminister, Johann Ritter v. Schlumbeck, ward dadurch vereitelt, daß der Herr Minister nicht die von der Kammer erwartete Richtung bei seiner Rückreise nach Wien, sondern die über den Brenner gewählt hat; in Rücksicht dessen ist er der Ansicht, daß es am ange-

zeigtesten sein würde, wenn diese Petition durch eine Deputation der Kammer Ende dieses Monats persönlich in Wien überreicht werden würde.“

Kammerrath Seemann erklärt sich mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden.

XIII. Kammerrath Baron M. A. Zoiss ergreift das Wort:

Seit 15. Mai d. J. ist auf der k. k. priv. Kronprinz Rudolfsbahn eine neue Fahrordnung ins Leben getreten, welche von allen an dieser Bahn liegenden Ortschaften, namentlich aber von der Stadt Laibach nicht für praktisch gehalten wird, weil die Züge meist in der Nacht in Laibach ankommen und von da abfahren, und der einzige zu passender Zeit, d. i. um 6 Uhr 35 Minuten abends von Laibach abfahrende gemischte Zug außerordentlich langsam fährt und bei Benützung desselben sehr viel Zeit verloren geht, indem er mehr als die doppelte Zeit wie die gewöhnlichen Postzüge benötigt.

Noch weniger vorthellhaft für das Publicum ist aber die Postverbindung, indem nur die beiden am Abende und in der Nacht von Laibach abgehenden Züge die Post mitnehmen, der um 10 Uhr 40 Minuten vormittags nach Oberkrain fahrende Zug jedoch keine Post befördert. Nachdem die Briefe nur beim Tage vertheilt werden, so erhalten, ungeachtet je 3 Züge auf und ab verkehren, die gewerbe- und industriereichen Orte in Oberkrain nur täglich einmal, d. i. morgens die Post, und nachdem sie eine allfällige Rückantwort auf die denkbare schnellste Weise nur jenem Zuge übergeben werden können, welcher um 6 Uhr abends in Laibach eintrifft, so spät ankommende Posten jedoch in Laibach nicht mehr am nemlichen Tage, sondern erst am nächsten Tage morgens vertheilt werden; so tritt der unangenehme Fall ein, daß der briefliche Verkehr mit den nur wenige Meilen von Laibach entfernten industrie- und gewerbereichen Orten Oberkrains, trotz der drei Züge, die täglich auf und ab verkehren, nur in dem unverhältnismäßig langen Zeitraume von drei Tagen bewerkstelligt werden kann.

Aus diesem Grunde stellt der Redner folgende Anträge:

„1. Die löbl. Handels- und Gewerbekammer wolle sich beim hohen k. k. Handelsministerium um eine entsprechende Aenderung der Fahrordnung der k. k. priv. Kronprinz Rudolfsbahn verwenden und hiebei vorzüglich die Aenderung anstreben, daß der am Abend abfahrende, an den Eilzug von Wien nach Triest sich anschließende Zug als Postzug verkehren würde, weil derselbe die meisten Reisenden und alle Zeitungen mitführt.

„2. Die löbl. Kammer wolle sich, im Falle eine Aenderung der Fahrordnung in der eben angedeuteten Art nicht möglich wäre, dahin verwenden, daß der zehn Uhr 40 Minuten vormittags von Laibach abfahrende Zug auch die Post mitführen würde, damit es doch möglich wäre, die morgens von Oberkrain in Laibach einlangenden Briefe noch am gleichen Tage zu beantworten.“

Diese Anträge werden als dringliche erkannt und ohne Debatte angenommen.

XIV. Kammerrath Josef Rordin bemerkt, daß die Rudolfsbahn den Wünschen des Publicums jedenfalls besser Rechnung tragen würde, wenn der Zug, der nach der gegenwärtigen Fahrordnung um 6 Uhr abends nach Laibach kommt, erst um 9 Uhr eintreffen würde, deshalb stellt er den Antrag:

„Die Kammer wolle sich dahin verwenden, daß die Fahrordnung der k. k. priv. Kronprinz Rudolfsbahn derart geändert werde, daß von Oberkrain ein Zug um 9 Uhr abends in Laibach ankommen würde.“

Nachdem Kammerrath Leopold Bürger die Ansicht ausgesprochen hatte, daß diesem Wunsche in dem Falle leicht entsprochen werden dürfte, wenn der fragliche Zug blos zwischen Villach und Laibach verkehrt, bringt der Präsident den Antrag zur Abstimmung, der sohin auch angenommen wurde.

— (Das Festschießen), welches der hiesige k. k. priv. Schießstand zu Ehren der Ernennung des Herrn k. k. Landesregierungsleiters und Hofrathes Bohuslav Ritter v. Widmann zum k. k. Landespräsidenten in Krain arrangiert, beginnt am Sonntag den 20. d. M. Herr v. Widmann wird am genannten Tage nachmittags um 4 Uhr am Schießstande festlich empfangen werden. Das Oberschützenmeisteramt erließ an einheimische und auswärtige Schützenfreunde Einladungen zur Theilnahme an diesem Festschießen.

— (Eine Gemeinderathsitzung) findet heute Nachmittag um 5 Uhr statt. Tagesordnung: I. Berichte der Sectionen: 1. Ueber den Stand der schulbesuchenden Kinder; 2. über die Creierung einer Unterlehrers- und einer Aushilfslehrerstelle für die II. städtische Volksschule; 3. über die Dotierung der Bezirkslehrer-Bibliothek; 4. über die Creierung einer Schuldienerstelle bei der II. städtischen Volksschule; 5. über die Anschaffung von Lehrmitteln für die Oberrealschule und die Einrichtung ihres Turnlokal. II. Berichte der Bausection: 1. Ueber den von Johann Cesnovar an die Stadtgemeinde gestellten Besitzanspruch auf einem neben seiner Realität gelegenen städtischen Terrain; 2. über das Gesuch des Johann Cesnovar um Modification eines magistratischen Erkenntnisses betreffs seines Schuppenbaues und um Ertheilung des bezüglichlichen Bauconsenses. III. Bericht der Finanzsection über die Zustände des prager Bankvereines betreffs des städtischen Lotterieleihens. IV. Berichte der Polizei-

Ducaten	5 fl. 25 ¹ / ₂	fr. 8 ¹ / ₂
Napoleon'sd'or	8 ¹ / ₂ ¹ / ₂	1 ¹ / ₂ ¹ / ₂
Preuß. Kassenscheine	1 ¹ / ₂ 68	1 ¹ / ₂ 102
Silber	101 ¹ / ₂ 85	

Krainische Grundschatzungs-Obbligationsz.
 Währung: Geld 95 ¹/₂ Ware